

3. Bekämpfung von Kinderarmut im Kanton Zürich

KBIK Kommission für Bildung und Kultur

Vorlage 5670

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben Kurzdebatte beschlossen, das heisst Redezeit maximal zwei Minuten für alle.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Zur Besprechung dieser Vorlage durften wir in unserer Kommission für einmal Regierungsrat Mario Fehr begrüssen. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eben ein typisches Querschnittsthema, das verschiedene Bereiche betrifft: Sozialhilfe, Bildung, Gesundheit et cetera. Entsprechend wurden im nationalen Programm gegen Armut auch drei verschiedene Handlungsfelder definiert: Erstens die Förderung von Bildungschancen; seit 2009 ist dies ein strategisches Ziel der Bildungsdirektion. Dabei ist vor allem auch die frühe Sprachförderung wichtig. Zur frühen Förderung wird eine regierungsrätliche Vorlage erwartet. Zweitens muss die soziale und berufliche Integration gestärkt werden. So gibt es für gefährdete Jugendliche Hilfe beim Berufseinstieg oder es wurde das Brückenangebot der Integrationslehre geschaffen zur Vorbereitung einer klassischen Berufslehre. Hier ist die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und Ämtern erfolgreich. Drittens müssen die allgemeinen Lebensbedingungen verbessert werden. Stichworte dazu sind: Wohnbauförderung, Prämienverbilligung oder auch die Vorlage 5655, Grundkompetenzen und berufliche Integration.

Die KBIK anerkennt, dass der Regierungsrat die Aufgabe ernst nimmt und einiges tut. Der Bericht trifft die richtige Flughöhe und zeigt Ansätze für Bildungspolitiker zum Handeln – vor allem in der Frühförderung. Diesbezüglich hat übrigens die Bildungsdirektion leider trotz strategischem Ziel seit über zehn Jahren wenig vorzuweisen.

Die Postulantin (*Sibylle Marti*) wünscht sich mehr Fokus auf Prävention. Sie kritisiert, dass eine spezifische Analyse fehle; sie vermisst Hinweise auf die Dunkelziffer, zum Beispiel auf Kinder von Armutsbetroffenen, die keine Sozialhilfe beziehen. Sie vermisst auch konkrete Ziele des Regierungsrats, zum Beispiel Aussagen über eine angestrebte Reduktion der Armutsquote. Der Bericht enthält zudem auch keine Aussage zu familienergänzender Betreuung und deren Finanzierung.

Der zuständige Regierungsrat gesteht, dass die Datenlage noch ausbaufähig ist, dies sei aber nicht ein zürcherisches, sondern eben ein nationales Thema. Ein nationales Programm mit Zürcher Akzenten ist – laut Mario Fehr – erstrebenswert. Die einstimmige Antwort der KBIK: Postulat abschreiben, aber am Thema drangleiben.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Es ist so, gemäss Sozialbericht aus dem Kanton Zürich sind 14'600 Kinder von Armut betroffen. Wenn wir nun diesen Bericht

lesen, der aufgrund des Postulats erstellt wurde, kann man es sehr gut erahnen, dass diese Armut aufgrund der Migrationsprobleme entstehen. Ich zitiere drei Ausschnitte: «... und interinstitutionelle Zusammenarbeit wird im Hinblick auf die Integration und die finanzielle Abhängigkeit von Betroffenen gefordert.» Zweites Zitat: «Frühkindliche Betreuung von Kindern soll noch mehr gefördert werden.» Wenn 42 Prozent der Kinder bei der Einschulung nicht mehr Deutsch als Muttersprache haben, haben wir hier ein Problem; das wurde in diesem Bericht festgestellt. Drittes Zitat: «Über 60 Prozent der erwachsenen Sozialhilfebezüger verfügt über keine berufliche Grundausbildung.» Und viertes Zitat: «Viele Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene finden nur schwer eine Anstellung am Arbeitsmarkt.», und so weiter und so weiter. Wir merken, es gibt Armut. Dieses Problem ist aber ein beachtliches Stück hausgemacht, hausgemacht von diesen Leuten wie von den Postulantinnen und Postulaten, die für eine Schweiz mit unlimitierter Zuwanderung sind. Sie nehmen diese Leute bei uns auf und schicken sie anscheinend direkt ins Verderben – könnte man so sehen. Ich werde mich aber hüten, Ihnen diesen Vorwurf zu machen. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wegen der allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten oder unseres Wirtschaftssystems sind diese Leute nicht in der Armut. Lösen wir die Integration beziehungsweise stoppen wir die ungebremste Zuwanderung, lösen wir das Armutsproblem zu einem beachtlichen Teil; weniger Kosten, weniger Armut, weniger Leid – eigentlich eine Win-Win-Situation.

Die SVP empfiehlt Ihnen, das Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Der Bericht des Regierungsrates bietet eine gute Zusammenstellung darüber, was die verschiedenen Direktionen im Bereich der Bekämpfung von Kinderarmut leisten. Er anerkennt, dass es im reichen Kanton Zürich arme und armutsgefährdete Menschen gibt, und er würdigt die besondere Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen bezüglich der unmittelbaren und langfristigen negativen Folgen von Armut; der frühen Förderung wird in den Handlungsfeldern ein grosser Stellenwert beigemessen. Das ist richtig, weil die fehlende Bildungsmobilität beziehungsweise die eingeschränkte soziale Mobilität in der Schweiz immer noch ein drängendes Problem ist. Hier sind wir gespannt auf den Bericht der Bildungsdirektorin zu diesem äusserst wichtigen Thema.

Trotzdem erscheint der Bericht in verschiedener Hinsicht nicht zufriedenstellend. So referiert er zwar die bestehenden Massnahmen, zeigt aber keine Lücken auf und formuliert auch keinen direktionsübergreifenden Massnahmenplan, er nennt auch keine Ziele im Sinne einer Reduktion der Armutsquote und er erläutert auch nicht, wie die bestehenden Massnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Zudem thematisiert der Bericht wichtige Punkte zum Thema Armutsbekämpfung nicht eingehend. Dazu gehören beispielsweise die Schwachstellen der Sozialhilfe etwa im Grundbedarf; die familienergänzende Betreuung, die insbesondere für Einelternfamilien eine grosse Herausforderung darstellt; die fehlenden Möglichkeiten für Weiterbildungen und Um-

schulungen gerade für Menschen in der Sozialhilfe, zum Beispiel durch Stipendien für Erwachsene; die Förderung von niederschweligen Informations- und Beratungsangeboten; die dringende Frage nach günstigem Wohnraum und so weiter. Im Jahr 2019 wurde beinahe jedes zwanzigste Kind im Kanton Zürich durch die Sozialhilfe unterstützt. Doch nicht alle armutsbetroffenen Familien beziehen Sozialhilfe. Die Bekämpfung von Kinderarmut muss damit weiterhin ein Thema bleiben, dem wir uns mit aller Dringlichkeit widmen müssen.

Kurzum: Auch die SP schreibt das Postulat ab, aber wir werden uns weiterhin einsetzen... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Kinder aus Familien mit geringen Ressourcen sind kränker und schlechter ausgebildet als die übrige Bevölkerung. Sie haben somit ein hohes Risiko, als Erwachsene in der Sozialhilfe zu landen. Deshalb ist es wichtig zu handeln. Im Postulat aufgeführt sind die flankierenden und präventiven Massnahmen, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Die Schweiz und die Politik tun da sehr viel, wir müssen uns nicht verstecken. Das stärkste Mittel sind die Ausbildungsoffensiven. Wer qualifiziert ist, tritt weniger in die Armutsfalle. Die FDP unterstützt diese Bestrebungen im Grundsatz. Zu beachten sind allerdings die zum Teil beträchtlichen negativen Anreize und Schwelleneffekte bei diesen unzähligen staatlichen Hilfen; Arbeit muss sich noch immer lohnen. Das ist real. In Erinnerung ist Ihnen vielleicht die Familie, die diesen Frühling portraitiert wurde, die für ihre Work-Life-Balance bewusst auf Teilzeitarbeit setzte. Nur, der Rest ihres Lebensunterhaltes wurde ihnen von den Steuerzahlern berappt zum Beispiel in Form von Prämienverbilligung. Das ist natürlich nicht die Idee von staatlichen Hilfen, Lifestyle zu subventionieren. Deshalb sind wir sehr gespannt auf die Antwort zum Postulat «Erst untersuchen, dann handeln», welches solche Schwelleneffekte analysiert und Handlungsanweisungen ableiten wird in Bezug auf wirkungsvolle finanzielle Unterstützung für Familien, damit die Gelder dort landen, wo sie eben viel Wirkung erzielen.

Die FDP schreibt das Postulat ab.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): In der Schweiz sind knapp 10 Prozent aller Kinder und Jugendlichen von Einkommensarmut betroffen. Armut ist jedoch weit mehr als eine finanzielle Notlage. Einkommensarmut geht meist mit vielen immateriellen Entbehrungen, mitunter sogar mit Gefährdungen, einher. Arm zu sein, ist eine sehr umfassende, mitunter auch traumatische Erfahrung. Für uns Grüne ist klar: Kinder- und Familienarmut dürfen wir nicht tolerieren.

Der Kanton Zürich – das sehen wir im Postulatsbericht – tut schon einiges für die Prävention und für die Bekämpfung von Kinderarmut und er wird sich auch weiterhin engagieren. Dass er ein zukünftiges Engagement auch eng an diese Erklärung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden aus dem Jahr 2018 anlehnt, das begrüssen wir. Die Frage ist jedoch berechtigt, ob der Regierungsrat wirklich alles in seiner Macht Stehende tut, um Kinder- und Familienarmut zu beseitigen. Für uns ist klar: Die Vergangenheit lehrt uns, dass es dazu auch immer wieder Vorstösse aus dem Parlament bedarf, Vorstösse wie diejenigen von uns Grünen

für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Aufhebung der Wartefrist bei Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer oder für die Regularisierung von gut integrierten Sans Papiers. Weiter gehören für uns Grüne folgende zwei Massnahmen zu den vordringlichen: Bei der Sozialhilfe muss der Grundbedarf weiter angehoben werden. Gemäss SKOS (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*) 2019 liegt dieser bereits heute unter dem Bedarf, den die einkommensschwächsten 10 Prozent aller Haushalte ausgeben. Mit dem erhöhten Grundbedarf erst können wir ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Wir haben es gehört, beinahe jedes 20. Kind im Kanton Zürich musste 2019 durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Das ist die herausfordernde Tatsache, die wir im vorliegenden Bericht der Regierung lesen. Der Bericht enthält aber auch viel Mutmachendes. Der Regierungsrat zeigt auch, was in den Bereichen «Förderung von Bildungschancen», «berufliche und soziale Integration» und «allgemeine Lebensbedingungen» gegen Kinderarmut getan wird. Gut so, sagt die EVP. Danke für den Bericht und danke an allen Engagierten in diesen Bereichen.

Wir schreiben das Postulat ab. Aber die Aufgabe der Bekämpfung der Kinderarmut, die geht weiter. Und vergessen wir nicht, woran uns die Bundesverfassung erinnert: Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich halte mich selbstverständlich an die zwei Minutenregel. Ich möchte Ihnen danken für die freundliche Aufnahme des Berichtes. Es handelt sich hier tatsächlich um eine Querschnittsaufgabe. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern ist für das Wohl der Kinder auch mit massgebend; das sollte nicht so sein. Wir haben uns dem nationalen Programm gegen Armut angeschlossen. Wir haben drei spezifische Handlungsfelder benannt: Förderung von Bildungschancen, soziale und berufliche Integration und die allgemeinen Lebensbedingungen. Wir haben, Frau Fehr, auch den Grundbedarf, den die SKOS ermittelt hat und den die Sozialdirektoren-, Sozialdirektorinnenkonferenz dann bestimmt hat, im Kanton Zürich rasch angehoben. Viele dieser Massnahmen sind Daueraufgaben, sind Querschnittsaufgaben. Der Regierungsrat macht immer alles, was im Rahmen seiner Möglichkeit ist. Besten Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Das Postulat ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.